22 / 2013 www.SBL2013.de 28.06.13

Infoservice

Sabines Woche

Sabine Bätzing-Lichtenthäler:
Ihre Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Neuwied/Altenkirchen

Hallo Wahlkreis !

Liebe Genossinnen und Genossen,
Nun ist die letzte Sitzungswoche für die 17. Legislaturperiode beendet. Nur am 2./3. September werden wir nochmal für eine Sondersitzung zum Haushalt nach Berlin einberufen werden. Ansonsten starten wir nun volle Kraft in den Wahlkampf! Noch 86 Tage!!!!
Ab der nächsten Woche bekommt ihr freitags auch nicht mehr "Sabines Woche" sondern ein neues Wahlkampfformat "Sabines Klartext".
Damit möchten wir euch vor allem über Wahlkampftermine und Veranstaltungen informieren. Außerdem gibt es jede Woche "ein gutes Argument" SPD zu wählen.
Lasst uns die Ärmel hochkrempeln und los geht's!!
Noch ein Hinweis:
Am 10.Juli 2013 begrüßen wir um 19.30 Uhr Frank-Walter Steinmeier im Foodhotel in Neuwied.
Ihr seid alle herzlich eingeladen! Herzlichst
eure Sabine

Berlin

Jakob-Kaiser-Haus
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (0 30) 22 77 74 32
Fax: (0 30) 22 77 64 44
sabine.baetzing-lichtenthaeler@bundestag.de

Wahlkreis

Betzdorf
Bahnhofstraße 19
57518 Betzdorf

Telefon: (0 27 41) 2 54 54
Fax: (0 27 41) 2 74 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk2.bundestag.de

Puderbach
Mittelstraße 17
56305 Puderbach

Telefon: (0 26 84) 9 57 10 60
Fax: (0 26 84) 9 57 10 61
sabine.baetzing-lichtenthaeler@wk.bundestag.de

Topthema

CDU-Wahlprogramm – Es war einmal…….!

Am Wochenende wurde das Wahlprogramm von CDU und CSU von den Parteispitzen abgenickt. Ohne Beteiligung, ohne Diskussion, ohne Parteitag – unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Demokratie? Unerwünscht.
Merkels Programm ist ein Märchenbuch. Es ist unehrlich und unseriös. Ganz klar: Hier wird Wahlbetrug mit Ansage vorbereitet.
Nach dem Wahlbetrug von 2009, bei dem 24 Milliarden Euro Steuersenkungen versprochen wurden, aber niemals kamen, ist Merkels Bürgerbetrug von 2013 eine Wiederholungstat mit noch größeren Summen: Allein die bezifferbaren Versprechungen liegen bei 45 Milliarden Euro. Zusätzliche Schätzungen nebulöser Ankündigungen gehen noch darüber hinaus und landen eher bei 55 bis 65 Milliarden. Nicht ein einziger Cent Gegenfinanzierung wird nachgewiesen, weder durch Steuereinnahmen noch durch Beiträge der Sozialversicherungen.
Stattdessen verbucht Merkel konjunkturelle Steuermehreinnahmen, die sie noch gar nicht hat. Sie verpulvert ohne Scham die Rücklagen und Reserven der Rentenversicherung. Vor den Risiken aber schließt sie fest die Augen. Der demografische Wandel wird verleugnet, die finanzielle Tragfähigkeit der Rentenkasse massiv verschlechtert. Mit einem „Betreuungsgeld“ hingegen werden Bildungsarmut von Kindern und Benachteiligung von Frauen verschärft. Langzeitarbeitslosigkeit und Fachkräftemangel, die Spaltung des Arbeitsmarktes wird bagatellisiert.
Das Wachstum ist unter Schwarz-Gelb von 3,6% in 2010 auf prognostizierte 0,3% in 2013 abgerutscht. Die schwarz-gelbe Wirtschaftsbilanz offenbart ein Debakel. Zukunft ungewiss. Denn die Eurokrise ist ungelöst, die Europapolitik gescheitert, die Krisenstaaten stecken tief in der Rezession, Schulden und deutsche Haftungsrisiken sind schwindelerregend gestiegen.
Der IWF hat Merkel und Schäuble erst jüngst der Täuschung bezichtigt, da die Aussicht auf Schuldentragfähigkeit der Krisenländer systematisch geschönt worden sei.
Der nächste griechische Schuldenschnitt wird nach der Bundestagswahl zum Thema. Und der deutsche Steuerzahler muss eine Milliarden-Rechnung begleichen. Merkel aber verweigert jede Vorsorge. Sie verweigert den Deutschen vor der Wahl jedes offene Wort zu dem, was auf uns zukommt. Das ist Politik ohne Morgen. Ein beschämendes Schauspiel.

Keines der politischen Lager hat in diesem Sommer 2013 eine sichere Mehrheit. Es steht auf Messers Schneide, wer in welcher Konstellation im Herbst eine Regierungsmehrheit bilden kann. An jedem einzelnen der kommenden Tage bis zur Wahl werden wir deshalb mit der Leidenschaft kämpfen, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer ausgezeichnet hat. Wir müssen jetzt raus aus der Käseglocke.
Wir gehen dahin, wo das wahre Leben stattfindet – raus in die Wahlkreise. Und wir werden über unsere Ziele reden. Mindestlohn, Solidarrente und gute Kinderbetreuung – das gibt´s nur mit der SPD. Schwarz-Gelb ist verhängnisvoll für die Zukunft unseres Landes. So wie die letzten vier Jahre darf es nicht weiter gehen. Merkel ist gescheitert. Wir brauchen einen neuen Aufbruch. Wir brauchen eine starke Wahlbeteiligung.
Jede Bürgerin und jeder Bürger, alle, die eine Stimme haben, sollen sie nutzen. Deutschland braucht den Politikwechsel! Mit Peer Steinbrück und einer starken SPD!

Finanzen

Hochwasser – Soforthilfe und weitere Unterstützung

Das Hochwasser im Mai und Juni dieses Jahres hat große Schäden bei Privathaushalten und Unternehmen sowie der Infrastruktur von Bund, Ländern und Kommunen angerichtet.
Neben den Soforthilfen von Bund und Ländern ist weitere finanzielle Unterstützung notwendig. Der gemeinsame Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP

und Bündnis 90/Die Grünen sieht die Einrichtung eines Solidaritätsfonds „Aufbauhilfe“ vor. Er wird vom Bund mit 8 Milliarden Euro ausgestattet. Die Länder übernehmen Zinsen und Tilgungen. Dafür fallen zwischen 2014 und 2019 jährlich 202 Millionen Euro an.

Medien

Internet – Die Netzneutralität gesetzlich verankern!

Unsere Bundestagsfraktion fordert die gesetzliche Verankerung der Netzneutralität. Der Verordnungsentwurf der schwarz-gelben Bundesregierung wird dem Anspruch der Internetnutzer und -nutzerinnen nur unzureichend gerecht, frei und gleichberechtigt das Netz zu nutzen. Es bedarf einer gesetzlichen Absicherung.

Die Bundesregierung hat es in den vergangenen vier Jahren sträflich vernachlässigt, die Freiheit des offenen und diskriminierungsfreien Internets durch eine gesetzliche Verankerung der Netzneutralität zu sichern. Abgelehnt wurde diese Forderung mit der Argumentation, dass der Markt dies alleine regeln solle und dass diese Forderung letztlich nur Panikmache sei. Doch es hat sich gezeigt, dass der Markt es nicht alleine regeln kann. Nur eine gesetzliche Verankerung der Netzneutralität sichert den Wettbewerb, den diskriminierungsfreien Zugang und die grundgesetzliche Informationsfreiheit.

Gesellschaftliche Teilhabe über das Internet ist nicht an wirtschaftlichen Aspekten festzumachen. Erst die kritischen Reaktionen in der Öffentlichkeit auf die Tarifänderungen der Deutschen Telekom AG und die Petition mit fast 80.000 Unterstützer und Unterstützerinnen lassen nun die Bundesregierung in Aktionismus verfallen. Zwar lehnt die Bundesregierung nach wie vor eine gesetzliche Regelung ab, aber eine Verordnung soll für Klarheit sorgen und Netzneutralität sichern. Die öffentliche Beratung zeigte jedoch, dass der Verordnungsentwurf an vielen Stellen unklare und unbestimmte Aussagen enthält und daher interpretationsoffen ist. Dieser Entwurf mag zwar ein wichtiger erster Schritt sein, jedoch sind die Regelungen nicht weit genug gehend. Daher setzt sich unsere Bundestagsfraktion weiterhin klar für eine schnelle gesetzliche und wirksame Verankerung der Netzneutralität ein. Das freie Internet ist ein wichtiges Medium für unsere Demokratie, daher soll wesentliches auch in einem Gesetz geregelt werden. Netzneutralität fördert die Vielfalt von Inhalten, Diensten und Dienstanbietern. Sie setzt niedrige Marktzugangsschranken, die für eine Etablierung vor allem von Start-Ups von zentraler Bedeutung sind. Sie dient damit auch der Meinungs- und Wirtschaftsfreiheit sowie der Innovationsfähigkeit und dem technischen Fortschritt.

Die grundsätzliche Gleichbehandlung und Diskriminierungsfreiheit bei der Durchleitung von Datenpaketen muss ohne wenn und aber gewährleistet werden.

Verteidigung

Bundeswehrreform – So wird das nix!

Hatte das Ministerium noch gedacht, die Kritik an der Bundeswehrreform würde sich mit den erfolgten Umsetzungsschritten legen, sieht es sich nun getäuscht.

Bonbon

„Ich bringe die Freundschaft des amerikanischen Volkes mit, genauso wie ich meine Frau Michelle und Malia und Sasha mitgebracht habe. Sie haben vielleicht bemerkt, dass sie jetzt nicht bei mir sind, aber das Letzte was sie tun möchten, ist eine weitere Rede von mir zu hören.“

(Barack Obama, US-Präsident)

Selten war ein Meinungsbild in der Bundeswehr über die Strukturreform von Verteidigungsminister de Maizière so deutlich: Nicht einmal acht Prozent bewerten die Umsetzung der Reform als gut oder sehr gut.

Damit hat sich die Zahl der Unterstützer im Vergleich zur ersten Meinungsstudie vor etwa einem Jahr halbiert. Erschreckend ist, dass über 80 Prozent der Führungskräfte bezweifeln, dass die stark verkleinerte Bundeswehr ihre Aufgaben noch wahrnehmen kann. Die hohe Rücklaufquote von fast 60 Prozent ist für den Bundeswehrverband und die befragende Uni Chemnitz ein spektakuläres Ergebnis: Noch nie war die Beteiligung des militärischen Spitzenpersonals an einer kritischen Umfrage so hoch. Das spricht für die Kritik an der Neuausrichtung, die im Verlauf der Reform sogar zu weiteren Verschlechterungen geführt hat.

Noch immer wissen fast ein Drittel der Soldaten nicht, an welchem Standort sie landen und in welchem Verband sie ihren Dienst tun werden. Das schadet der Attraktivität der Bundeswehr weiter. 74 Prozent der Befragten würden Ihren Kindern davon abraten, den Soldatenberuf zu ergreifen. Auch diese Zahl ist höher als bei der Befragung 2012. Das Fehlen von Personal wird immer dramatischer, jeder Standortbesuch zeigt neue Lücken auf.

Für uns zeigen die Ergebnisse: Die Reform ist strukturell falsch angelegt und überzeugt niemanden mehr. Die Angehörigen der Bundeswehr wenden sich von ihrem Minister ab. Der Minister schlägt die Empfehlungen seines eigenen Personals in den Wind. Wenn Herr de Maizière so weitermacht, wird die Reform scheitern.

In eigener Sache

„Alles Kokolores? und „Dialogische Erziehungspartnerschaft“

Am Sonntag um 14.00 Uhr liest Peter Honnen aus seinem Buch „Alles Kokolores?“ Dabei geht es um die rheinischen Dialekte und Regiolekte. Das wird sicher sehr humorvoll. Bei Kaffee und Kuchen wird das ein richtig „Rheinischer Nachmittag!“

Am Dienstag um 19.00 Uhr wird eine Veranstaltung im Dorfgemeinschaftshaus in Puderbach zur „Dialogischen Erziehungspartnerschaft“ angeboten. Dabei geht es darum, den Dialog mit allen Erziehungsbeteiligten zu beleuchten und lebhaft zu diskutieren. Der Erziehungswissenschaftler Dr. phil. Richard Wagner wird in das Thema einführen.

Ihr seid herzlich eingeladen!

Termine

30.06.13	**11.00 Uhr**	**Kirmes in Irlich**
	12.30 Uhr	**Kita der AWO Neuwied**
	14.00 Uhr	**Sabines Sonntag Unkel**
01.07.13	*08.30 Uhr*	*Polizei Betzdorf*
	19.30 Uhr	**ISR Windhagen**
02.07.13	*08.00 Uhr*	*„Tag in der Praxis“ bei Dr. Frank Gebhardshain*
	13.30 Uhr	*Mehrgenerationenhaus AK*
	16.00 Uhr	*KiTa „Heilig Kreuz“ Neuwied*
	19.00 Uhr	**VA „Dialogische Erziehungs-partnerschaft“, Puderbach**
03.07.13	*08.15 Uhr*	*Gymnasium Niederschelden*
05.07.13	**09.00 Uhr**	**Marktstand mit IG Metall, Betzdorf**
	11.00 Uhr	*Fa. Stühn, Weitefeld*
	14.00 Uhr	*Berge & Mehr, Rengsdorf*
	16.30 Uhr	*Faurecia, Scheuerfeld*
	18.30 Uhr	**SPD Herdorf**

ACHTUNG: *Kursivgedruckte Termine* **sind nichtöffentliche Termine oder Termine wo eine gesonderte Einladung erforderlich ist.**